

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5622

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5622](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5622)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Herr Bundesrat Martin Pfister

*Versand ausschliesslich  
per E-Mail: triage@sepos.admin.ch*

Bern, 31. März 2026

## **Vernehmlassung zur Sicherheitspolitischen Strategie der Schweiz 2026: Stellungnahme der Europäischen Bewegung Schweiz**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Die Europäische Bewegung Schweiz bedankt sich für die Möglichkeit, im Rahmen der Vernehmlassung zur Sicherheitspolitischen Strategie der Schweiz 2026 Stellung zu nehmen. Als unabhängige zivilgesellschaftliche Organisation hat die Europäische Bewegung das Ziel, die Schweiz als verlässlichen und aktiven Staat auf dem europäischen Kontinent zu wahren, die Teilnahme in den europäischen Institutionen zu stärken und die Beziehungen mit den Nachbarstaaten, der Europäischen Union (EU) und ihren Mitgliedsstaaten langfristig zu stabilisieren und zu vertiefen. Daher unterstützt sie die grundsätzlichen Stossrichtungen der Sicherheitspolitischen Strategie 2026. Insbesondere begrüsst sie das breite Verständnis der sicherheitspolitischen Bereiche und das klare Bekenntnis zu einer interoperablen und europäischen Verteidigung.

### **1. Keine Isolation in unsicheren Zeiten**

Die Zeiten sind so unruhig wie seit Langem nicht mehr. Die globale Sicherheitsarchitektur gerät ins Wanken. Die Invasion der Ukraine durch Russland bedroht ganz Europa und damit auch die Schweiz. Sie gefährdet unsere Demokratien, stellt unsere Sicherheitspolitik und unsere Solidarität auf die Probe. Sie fordert uns heraus, unsere eigenen Freiheiten und die unserer Nachbarn zu verteidigen.

In dieser Zeit ist es von grundlegender Bedeutung, dass sich die Schweiz für eine sichere, regelbasierte und stabile Weltordnung einsetzt. Sie kann diese Herausforderungen jedoch nicht alleine bewältigen: Nur durch Kooperationen und Vereinbarungen mit grösseren politischen Gebilden kann sie die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger verbessern – und gleichzeitig zur Sicherheit ihrer Nachbarn beitragen. Es ist jetzt nicht der Zeitpunkt sich selbst zu isolieren. Für die Schweiz ist eine enge sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der EU und ihren Mitgliedsstaaten, sowie allen demokratischen Staaten in Europa und darüber hinaus, die die gleichen Werte teilen, von grundlegender Bedeutung für die Sicherheit.

### **2. Sicherheit durch Zusammenarbeit**

Die Sicherheitspolitische Strategie der Schweiz 2026 verfolgt drei Stossrichtungen in 10 Zielen und präsentiert 45 Massnahmen zu deren Umsetzung. Das Verständnis der umfassenden Sicherheit und der Interdependenz aller Akteure und Ebenen, insbesondere der Zusammenhang der Sicherheit der Schweiz mit der Sicherheit ihrer Nachbarn, welches

dem Bericht zu Grunde liegt (unter anderem in den Zielen 6 «Wirksame Beiträge zu Stabilität und Rechtsstaatlichkeit» und 10 «Verteidigung in Kooperation»), wird von der Europäischen Bewegung begrüsst. Die Strategie zeigt die komplexe und vernetzte sicherheitspolitische Lage, in der sich die Schweiz in Europa befindet, gut auf und setzt in vielen Bereichen wichtige Impulse.

Die Europäische Bewegung unterstreicht das klare Bekenntnis zur Förderung von Stabilität und Rechtsstaatlichkeit durch enge Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent (Ziel 6). Die Sicherheit der Schweiz und Europas beruht auf einer globalen Ordnung basierend auf dem Völkerrecht und den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit. Zur Förderung der globalen Stabilität und Rechtsstaatlichkeit müssen die Massnahmen M16 («Ausbau der militärischen Friedensförderung»), M17 («Erbringung von Beiträgen an die europäische Krisenbewältigung») und M18 («Erbringung von Beiträgen an die Entwicklungszusammenarbeit, die Erhaltung des Völkerrechts und der Welthandelsordnung») konsequent und nachvollziehbar verfolgt werden.

Nur durch engere Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern, den demokratischen Staaten, der EU und der NATO, kann die Schweiz einen Beitrag zu dieser rechtlichen und geopolitischen Stabilität, und damit zur Sicherheit, leisten (Ziel 10). Um die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz durch Zusammenarbeit zu stärken, müssen die Massnahmen M41 («Ausbau der internationalen Zusammenarbeit»), M42 («Institutionalisierung der internationalen Zusammenarbeit»), M44 («Teilnahme an Übungen sowie Ausbildung und Entsendung in multinationalen Stäben») und M45 («Leistung von Beiträgen an die europäische Sicherheit») entschlossen umgesetzt werden.

Die Europäische Bewegung begrüsst ausserdem die Massnahmen M25 («Nationale und internationale Kooperation zwischen Strafverfolgungsbehörden») und M27 («Grenzüberschreitende Zusammenarbeit beim Bevölkerungsschutz»), die darauf abzielen, den Schutz der Bevölkerung durch eine enge und verstärkte Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zu gewährleisten.

### **3. Die Verteidigung Europas: Geteilte Verantwortung**

Es ist realitätsfern zu glauben, dass die Schweizer Armee unter den aktuellen militärischen und sicherheitspolitischen Bedingungen ihren Auftrag – das Land eigenständig zu verteidigen (Ziel 9) – erfüllen kann. Denn die Schweizer Armee wird erst bei einem bewaffneten Angriff aktiv, dessen Folgen erheblicher materieller und personeller Schaden, Beeinträchtigung der Souveränität oder Staatsfunktionen und Verletzung der territorialen Integrität sind. Tritt ein solcher Angriff ein, ist es bereits zu spät und die Schweizer Armee hat aus materiellen und taktischen Gründen kaum Aussicht auf erfolgreichen Widerstand.

Dank der geografischen Lage inmitten der NATO und der Mitgliedsstaaten der EU ist es wahrscheinlich, dass die NATO die Schweiz verteidigen wird, schon alleine weil ein solcher Angriff ihr Territorium oder zumindest ihren Luftraum durchqueren müsste. Es ist alleine aus diplomatischen und moralischen Gesichtspunkten angebracht, zur Verteidigung des europäischen Kontinents beizutragen. Nicht zuletzt macht sich die Schweiz als verteidigungsbündnisfreier Staat zum Angriffsziel.

Eine rein defensive Schweizer Armee, deren Handlungsspielraum durch eine strikte militärische Neutralität begrenzt ist, wäre ein fragwürdiges, wenn nicht gar sinnloses Konzept. Mit dem Interoperabilitätskonzept hat die Schweizer Armee zu Recht Strategien entwickelt, die es ihr ermöglichen, bei Bedarf in Zusammenarbeit mit der NATO zu handeln. Diese Fähigkeit, sich in ein grösseres Verteidigungssystem zu integrieren, muss gefördert und politisch unterstützt werden. Meinungsumfragen zeigen, dass die Schweizer Bevölkerung bei

diesem Thema klarer urteilt und weniger zurückhaltend ist als der Bundesrat und das Parlament. In bestimmten Bereichen, wie der Luftverteidigung, erscheint eine Koordination mit der NATO als die einzig glaubwürdige Option. Ebenso würde eine Klarstellung der realen Verbindungen, die die Schweiz mit der NATO unterhält, zu einem besseren Verständnis ihrer Sicherheitspolitik führen.

Eine militärische Zusammenarbeit der Schweiz mit anderen Staaten ist dringend erforderlich – ein NATO-Beitritt ist dazu nicht zwingend nötig. Die Schweiz muss weiterhin ihre Verantwortung in der internationalen Zusammenarbeit übernehmen und die Lücke im Verteidigungsnetzwerk, dem sie aufgrund ihrer geografischen Lage angehört, schliessen. Daher begrüsst die Europäische Bewegung die, in Ziel 10 festgehaltene, Anerkennung der Notwendigkeit für eine internationale koordinierte Verteidigung der Schweiz. Enge Kooperation mit den europäischen Partnern ist unabdingbar um die Sicherheit der Schweiz und Europas zu garantieren. Dazu unterstreicht die Europäische Bewegung die Ausrichtung der Verteidigung auf Interoperabilität mit den uns umgebenden Systemen (Massnahme M41), und betont dabei, dass die demokratischen Mitgliedsstaaten der EU die engsten und natürlichsten Partner der Schweiz sind. Die institutionelle Absicherung und Festigung dieser Partnerschaften (Massnahme M42) wird begrüsst und deren Vertiefung und Erweiterung gefordert.

Ausserdem unterstützt die Europäische Bewegung Rüstungsbeschaffungen mit klarer Ausrichtung auf europäische Systeme, und damit auch gemeinsame, internationale und insbesondere europäische Beschaffungsvorhaben (Massnahme M35).

Dabei ist zu beachten, dass Beschaffungen aus den Vereinigten Staaten zunehmend ein Sicherheitsrisiko darstellen. In einer Zeit, in der die Bereitschaft der Vereinigten Staaten, als Garant für die Verteidigung des europäischen Kontinents zu wirken, nicht mehr zuverlässig gegeben ist, sind europäische Lösungen unabdingbar. Die Europäische Bewegung befürwortet die Beteiligung der Schweiz an solchen Lösungen, beispielsweise durch die Teilnahme der *European Sky Shield Initiative* (Massnahme M36) und fordert den Bundesrat auf, die potentielle Teilnahme an weiteren europäischen Verteidigungsprojekten, wie der *European Drone Defence Initiative*, zu prüfen.

#### **4. Paket Schweiz-EU: Ein Beitrag zur Sicherheit der Schweiz und Europas**

Die Sicherheitspolitische Strategie der Schweiz 2026 macht deutlich, wie wichtig eine enge Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten der EU für die Sicherheit der Schweiz ist. In vielen sicherheitspolitischen Bereichen ist eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit der EU und ihren Mitgliedstaaten notwendig. Eine Vielzahl dieser Vertiefungen ist im Vertragspaket Schweiz-EU («Bilaterale III») vorgesehen.

Das Vertragspaket erleichtert und sichert den Zugang zum wichtigsten Markt der Schweiz. Es trägt massgebend dazu bei, die Krisenresilienz des Landes zu stärken. Eine Erosion des Marktzugangs, wie sie jetzt schon stattfindet und ohne Abschluss des Vertragspakets in grossem Stil zu erwarten ist, schwächt die Versorgungssicherheit, den Wohlstand und die Möglichkeit der Schweiz im internationalen Kontext wettbewerbsfähig zu bleiben.

Ganz spezifisch bringt der Erweiterungsteil des Vertragspakets grundlegende Stromversorgungssicherheit und Netzstabilität durch geregelte Verhältnisse im grenzübergreifenden Stromnetz. Und im grenzübergreifenden Schutz der Bevölkerung vor Gesundheitsrisiken bietet das Gesundheitsabkommen ein Überwachungssystem welches zur Prävention und Bewältigung von solchen Gefahren dient.

Die europäische Forschungs- und Bildungszusammenarbeit und die vollumfängliche Umsetzung des Programmabkommens ist entscheidend für die Innovationsstärke der Schweiz,

die nicht nur eine Grundlage des Wohlstands ist, sondern auch einen Beitrag zur Sicherheit des Landes leistet. Jedoch sind Schweizer Forschende von Verteidigungs- und Sicherheitsforschungsprojekten der EU ausgeschlossen. Eine volle Assoziation, auch für diese Projekte, soll im Sinne eines europäisch vernetzten Innovationsstandorts angestrebt werden (Massnahme M15).

Somit leistet das Vertragspaket einen Beitrag zur Sicherheit der Schweiz und Europas. Dessen Behandlung durch das Parlament und allfällige Volksabstimmungen müssen rasch vorangebracht und durchgeführt werden, um die Zusammenarbeit ohne Verzögerungen zu vertiefen und in diesen entscheidenden Bereichen die Sicherheit der Schweiz zu gewährleisten.

### **5. Neutralität: Ein Instrument und kein Selbstzweck**

Als UNO-Mitglied steht die Schweiz im 21. Jahrhundert auf der Seite der Demokratien – im Lager jener Staaten, die sich für Grundfreiheiten, Menschenrechte und das Völkerrecht einsetzen.

Für die Sicherheit der Schweiz und Europas sind Lösungen erforderlich, die über nationale Grenzen hinausgehen. Vor dem Hintergrund neuer geopolitischer Spannungen gerät die traditionelle Neutralität der Schweiz unter Druck. Ihre starre Auslegung sollte einer solidarischeren Haltung weichen, um besser auf die veränderten internationalen Rahmenbedingungen reagieren zu können. In diesem Sinne muss sich die Schweiz den Anforderungen der Zeit stellen, um auch künftig internationale Anerkennung zu bewahren.

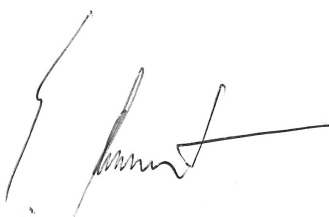
Die Neutralität ist weder ein Tabu noch ein unverrückbares Fundament der Schweiz. Sie ist eines von mehreren Instrumenten zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit. Ein starres Verständnis der Neutralität würde die Schweiz in ihrer Aussenpolitik lähmen und ihrer Fähigkeit schaden, sicherheitspolitisch überlebenswichtige Kooperationen mit anderen demokratischen Staaten, in Europa und darüber hinaus, einzugehen. Die Schweiz würde eine Lücke in der europäischen Sicherheitsarchitektur darstellen.

### **6. Schlussfolgerungen**

Auf Grund dieser Überlegungen unterstützt die Europäische Bewegung die Sicherheitspolitische Strategie der Schweiz 2026 und fordert den Bundesrat und alle Akteure auf, die genannten Aspekte der sicherheitspolitischen Fragen der europäischen Zusammenarbeit, vollumfänglich und ohne Verzögerung umzusetzen und zu erweitern.

Wir danken für die Kenntnisnahme und stehen gerne für die nächsten europapolitischen Schritte zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Eric Nussbaumer  
*Präsident*



Raphaël Bez  
*Generalsekretär*